

DpL-Initiative erneut abgelehnt: Nun hat das Volk das letzte Wort

«Giesskanne» Der Landtag hat den DpL-Vorstoss zur Franchisenabschaffung für Rentner erneut abgelehnt. Hinterfragt wurde insbesondere, ob wirklich alle Senioren entlastet werden müssen. Innerhalb von drei Monaten gibt es nun eine Volksabstimmung.

VON HANNES MATT

Bereits im letzten Herbst hatte der Landtag den Vorstoss der DpL zur Abschaffung der Krankenkassen-Franchise für Rentner abgelehnt. Die Oppositionspartei lancierte folgend erfolgreich eine Volksinitiative, wobei rund 2800 beglaubigte Unterschriften von Stimmbürgern zusammenkamen (1000 wären nötig gewesen). Nun hat sich der Landtag wiederum mit der Frage beschäftigt und dem DpL-Vorhaben erneut eine Absage erteilt. Dabei betonten alle Gegner des Vorstosses, dass Alter nicht gleichbedeutend mit Bedürftigkeit sei und nicht alle Rentner finanziell entlastet werden müssten. Ansätze über die Prämienverbilligung seien hier zielführender. Allesamt Argumente, die schon im letzten Herbst genannt wurden. Zudem wurde von allen betont, dass eine Volksabstimmung in dieser Sache das Richtige sei.

«Politischer Quick Win»?

So lehnte etwa Daniel Seger (FBP) den Vorstoss wiederum als «Giesskanne» ab. Das sei kein bewusster Umgang mit den Steuergeldern. «Warum Renter begünstigen, junge Familien aber nicht?», fragte sich der FBP-Abgeordnete. Solche Vorstösse seien der Generationen-debatte nicht zuträglich.

Auch könne die Abschaffung der Franchise dazu führen, dass Gesundheitsleistungen weniger bewusst in Anspruch genommen werden. Karin Zech-Hoop (FBP) verwies mit Blick auf die Krankenkassenstatistik, dass die Solidarität im bestehenden System gut funktioniere und sehr sozial sei. «Eine Veränderung des Systems sorgt hier für eine Verschiebung, nicht aber zur Senkung der Kosten», so die FBP-Abgeordnete. «Und bezahlen müssen wir es über die Steuern dann alle.» Der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend bezeichnete den Vorstoss ab-

VU	FBP	Freie Liste	DpL
<ul style="list-style-type: none"> ✓ Manfred Kaufmann ✗ Hubert Büchel ✗ Dagmar Bühler-Nigisch ✗ Walter Frick ✗ Norma Hedegger ✗ Dietmar Lampert ✗ Gunilla Marzer-Kranz ✗ Günter Vogt ✗ Thomas Vogt ✗ Mario Wohlwend 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Albert Frick ✓ Johannes Kaiser ✓ Wendelin Lampert ✗ Sebastian Gassner ✗ Franziska Hoop ✗ Daniel Ostry ✗ Bettina Pezold-Mähr ✗ Sascha Quaderer ✗ Daniel Seger ✗ Karin Zech-Hoop 	<ul style="list-style-type: none"> ✗ Sandra Fausch ✗ Manuela Haldner-Sch. ✗ Georg Kaufmann 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Herbert Elkuch ✓ Thomas Rehak

Die DpL-Volksinitiative wurde mit 19 zu 6 Stimmen abgelehnt. (Screenshot: LT)

weisend als «politischen Quick Win». Eine Ablehnung sei zwar Zündstoff. Man müsse hier aber an alle Gesellschaftsschichten denken. Günter Vogt (VU) lehnte den Vorstoss wegen Systemfehler und «gezielter Klientelpolitik» zulasten der Allgemeinheit ebenfalls klar ab. «Das Vorhaben ist der falsche Ansatz, den Rentenstillstand zu lösen», so Vogt. «Es kann auch nicht sein, dass wir unsere gut finanzielle Ausgangslage mit solch unnötigen Vorstössen wieder reduzieren.»

Auch Georg Kaufmann (Freie Liste) betonte, es würde um eine «systemfremde Einzelmassnahme» handeln, die andere Bevölkerungsgruppen benachteiligt. «Die Prämienverbilligung ist hier sozialer, weil diese alle bekommen, die sie auch benötigen», so Kaufmann. Fraktionskollegin Manuela Haldner-Schierscher merkte zudem an, dass der Vorstoss sehr defizitorientiert sei: «Da profitiert nur, wer krank ist.»

Nur wenige Unterstützer

Unterstützung gab es hingegen von Manfred Kaufmann (VU). «Auch wenn das Vorhaben nicht das Gelbe vom Ei ist», wie der VU-Abgeordnete anfügte. «Trotz Giesskanne gibt er aber eine finanzielle Unterstützung für Personen, die es brauchen.» Auch weil es mit der Altersstrategie und dem Armutsbericht zu langsam vorangehe, wie es sich noch beklag-

te. Johannes Kaiser (FBP) gab wie schon im Herbst ebenfalls seine Zustimmung - bei einer Volksabstimmung werde er aber nicht «mit der Fahne an vorderster Front» sein. So wies Kaiser mit Blick auf die Hauptbegründung der DpL-Initiative - dem 10-jährigen Rentenstillstand -

auf seine jüngst angekündigte Initiative zur Rückkehr zum Mischindex bei der AHV-Rentenberechnung hin. Das sei eine langfristige Lösung. Den Vorwurf der «Giesskanne» wies Kaiser hingegen ab. «Das Wort ist immer schnell gesagt», so der FBP-Abgeordnete. «Solche Debatten haben immer einen Neidgeschmack», bemerkte der FBP-Abgeordnete und wies darauf hin, dass es insbesondere eben die Wohlhabenden seien, die den Staat steuerlich in Schwung halten und so sehr viel an die Sozialwerke beitragen. Kaiser: «Ich finde es nicht so schlimm, wenn die Wohlhabenden auch mal profitieren.»

Die DpL-Abgeordneten Thomas Rehak und Herbert Elkuch verteidigten ihre Initiative: Von einer Giesskanne könne keine Rede sein. «Mit diesem Argument kann man auch nie für eine AHV-Anpassung sein, das wäre dann keine Giesskanne sondern ein Wolkbruch», bekräftigte Thomas Rehak mit Verweis auf die aus seiner Sicht geringen Folgekosten. «Seien sie nicht neidisch und gönnen Sie

«Es wird versucht, eine gezielte Klientelpolitik zu verfolgen.»

GÜNTER VOGT
VU-ABGEORDNETER

«Seien sie nicht neidisch und gönnen Sie der älteren Generation die 3,5 Millionen Franken.»

THOMAS REHAK
DpL-ABGEORDNETER

der älteren Generation die 3,5 Millionen Franken.» Und Herbert Elkuch fügte an, dass die Zustimmung zum Vorstoss auch eine Wertschätzung für diejenigen sei, die den heutigen Wohlstand massgeblich erarbeitet hätten.

Rentner bereits begünstigt

Gesellschaftsminister Manuel Frick führte folgend aus, dass die Rentner mit der letzten KVG-Revision bereits begünstigt worden seien. So müssen diese neben der Franchise von 500 Franken lediglich 10 Prozent der Kostenbeteiligung bezahlen - statt 20 Prozent wie die anderen Erwachsenen. «Schon damals ging diese Begünstigung vielen zu weit», so Frick. Auch würden gerade die Rentner überdurchschnittlich von der Kostenbefreiung bei chronischen Erkrankungen profitieren, was auch völlig gerechtfertigt sei. Zudem würden viele nicht wissen, dass die Prämienverbilligung auch auf die Franchise angewendet werde und Rentner mit knappen finanziellen Mitteln bereits heute wiederum entlastet werden. Manuel Frick kam zum Schluss, dass man sich gegen das Giesskannenprinzip nicht verwehren könne, obschon es doch eher ein «Giesskännchen» sei. Er riet den Abgeordneten, die Initiative abzulehnen.

Dies hätte zur Folge, dass dann automatisch das Volk das letzte Wort haben würde. Thomas Rehak hatte sich - äusserst zuversichtlich über den Ausgang einer Volksabstimmung - erkundigt, was eine solche denn kostet und man dieses Geld doch lieber beim Zollvertragsjubiläum für eine grosse Feier für die Bevölkerung investiert.

Wie Regierungschef Daniel Risch mit dem Satz «in einer Demokratie sollte diese Frage nicht gestellt werden» antwortete, bekräftigte er, dass die Kosten für das Land bei einer Abstimmung zwischen 25 000 und 50 000 Franken.



Es hätte also eh nur ein kleines «Fest» gegeben, der Landtag lehnte die DpL-Volksinitiative jedoch noch deutlicher ab als im Herbst. So stimmten nun auch die drei Freie-Liste-Abgeordneten mit «Nein». Im Herbst hatte die «weisse» Fraktion noch ein Zeichen gesetzt, dass sie das finanzielle Problem vieler Rentner sehen würde. Mit Ablehnung der Volksinitiative durch den Landtag wird die Regierung beauftragt, innert drei Monaten eine Volksabstimmung durchzuführen.